



Betr: Dringlichkeitsantrag der ÖVP/  
Freiwerdende Mittel auf Grund der Maßnahmen  
des Landes Steiermark sollen in Graz in  
Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen verbleiben

20.10.2022

## Zusatzantrag

eingbracht von

**Frau Gemeinderätin Dipl.-Wirtschaftsing.in (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA**

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Absicherung einer qualitativ, wie auch quantitativ bestmöglichen Kinderbildung und –betreuung. Insofern gilt es, sich auf die Herausforderungen, die kurz-, mittel- und langfristig auf die Kinderbildung und –betreuung unter anderem durch die aufgrund der Teuerung notwendigen Gehaltssteigerungen, auf die vom Land beschlossene schrittweise Reduzierung der Gruppengrößen sowie auf die notwendige Attraktivierung der Rahmenbedingungen als Antwort auf bevorstehende Pensionierungswellen zukommen, vorzubereiten. In diesem Sinne wird daher die zuständige Abteilung beauftragt,

1. als Grundlage für eine Berücksichtigung der budgetären Erfordernisse des kommenden Jahres sowie für eine seriöse Einpreisung in die Mittelfristplanung die Mehrkostenentwicklung
  - a) in Hinblick auf die seitens des Landes festgelegte schrittweise Reduktion der Gruppengrößen bis 2027/28 von 25 auf 20 im Personalbereich
  - b) sowie in Hinblick auf die zu erwartenden Gehaltssteigerungen für 2023 und 2024 (auf Basis des Bundesabschlusses für den öffentlichen Dienst) zu berechnen, sowie
2. eine Vorschau betreffend Entwicklung des Personalstandes in Hinblick auf zu erwartende Pensionierungen bis 2027/28 auszuarbeiten.
3. Anhand dieser Ergebnisse wird die Finanzdirektion ersucht zu prüfen, für welche Leistungen die im Motivenbericht genannten freiwerdenden Mittel im Bereich der Kinderbildung und –betreuung Verwendung finden können.

Dem Gemeinderat sind bis zur Dezembersitzung die entsprechenden Berichte vorzulegen.